

## Keine rechte Option

Zu: „Mit 80 Jahren an die Uni“, FR-Wissen vom 5. März

Ich gehöre zu den fast 50 Prozent der U3L-Studierenden, die kein Interesse an einem rein digitalen Bildungsangebot haben und in diesem Beitrag nicht zu Wort gekommen sind. Mein erstes U3L-Semester (WS 19/20) war auch deshalb so anregend, weil ich in lebendigen Kontakten regen Austausch mit anderen Menschen hatte. Für Menschen, die ihre Zeit überwiegend vor Bildschirmen verbringen, mag das reine Online-Angebot attraktiv sein. Für Menschen, die gerne im Seminarraum in Präsenz mit anderen diskutieren, lernen und gemeinsame Erfahrungen machen, ist die reine Online-Lehre keine wirkliche Option. Außerdem gibt es bereits ein Überangebot an Online-Fortbildungen und -Kursen im Netz, teilweise werden sie sogar kostenlos angeboten. Ich bedauere die finanziellen Probleme der U3L und hoffe auf gute Präsenz-Konzepte spätestens im Wintersemester.  
Hermann Roth, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Klimakiller ersten Ranges

„Energiecharta: „Schwarzer Deal“, FR-Meinung vom 24. Februar

„Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen.“ – „Die natürlichen Lebensgrundlagen ... stehen unter dem Schutz des Landes.“ – „Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. Zusammenschlüsse, die ihre Macht missbrauchen, sind zu verbieten.“ So zitiert aus den Artikeln 24, 29 und 27 der Landesverfassung von NRW.

Nun lernen wir seit Jahren, dass z.B. EU oder Bundesregierung nicht müde werden, anderen Ländern rechtliche und ethisch-moralische Verfehlungen vorzuwerfen und zu sanktionieren, während sie gleichzeitig mit ihrer militarisierten Flüchtlingsabwehr den grausamen Tod von zehntausenden Menschen zu verantworten haben – und damit permanent gegen die verbindliche UNO-Menschenrechtskonvention und die eigenen Verfassungen verstoßen. Warum sollte sich also ausgerechnet die NRW-Landesregierung z.B. im Falle von RWE an die Verfassung halten?

RWE blockiert seit Jahren eine zukunftsfähige Energiepolitik und ist damit ein Klimawandelbeschleuniger ersten Ranges. Mit einem unerträglichen Beharrungsvermögen, mit Milliardenklagen. Statt solchen Konzernen weitere Milliarden an Steuergeldern für ihr Verbrechen an der menschlichen Zukunft hinterherzuschleudern, sollten sie unverzüglich zerschlagen und in Gemeineigentum überführt werden. Für den Anfang bietet sich RWE geradezu an, und mit Rheinmetall muss dann noch lange nicht Schluss sein. Bernd Bremen, Aachen

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210308](http://frblog.de/lf-20210308)

## Wer schützt uns vor solchen Ministern?

Nach den Attentaten: „Hanau wird uns nicht vergessen“, FR-Hessen vom 5. März

### Hessen hat Tradition in Sachen Totalversagen

Unsere Politiker – vom Bundespräsidenten über Kanzlerin, den hessischen Ministerpräsidenten – halten ergreifende Trauerreden bei Gedenkveranstaltungen zu politisch motivierten Morden, gehen danach aber rasch zur Tagesordnung über. Siehe Hanau: Ein psychisch gestörter Neonazi mit Waffenschein lässt in den „asozialen Medien“ alle Welt seine fremdenfeindlichen Wirrheiten wissen, ohne dass Verfassungsschutz oder Behörden eingreifen. Der örtliche Polizeinotruf in Hanau ist am Tatabend nicht besetzt, eine Weiterleitung zahlreicher Notrufe erfolgt nicht – und der hessische Innenminister Beuth ist immer noch im Amt! Seine Ausrede: Ermittlungsverfahren läuft! Früher sind Minister wegen vergleichsweise Bagatellen zurückgetreten. In Hessen gilt das nicht, sondern Beharren im Amt auch bei Total-Versagen hat Tradition.

Der Verfassungsschützer Temme, der in Kassel zur Tatzeit am Tatort des neunten NSU-Mordes war, durfte laut Anweisung von Innenministers Bouffier nicht vernommen werden. Statt Bouffier zu entlassen, wird der ein paar Jährchen später Roland Kochs Nachfolger in der Staatskanzlei – und bedankt sich bei dem mit der Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille, der höchsten hessischen Auszeichnung. Im Fall des Landrats Lübcke gilt Ähnliches wie in Hanau: Ein dem Amt für Verfassungsschutz bekannter Neonazi verschwindet vom Schirm des Verfassungsschutzes, darf seine Waffe behalten – und morden. Und Beuth blieb im Amt! So könnte er dem derzeitigen Ministerpräsidenten im Amt folgen, um ihn zum Dank dann mit

der Wilhelm-Leuschner-Medaille zu ehren?

Wer schützt uns vor solchen Ministern? Wer schützt uns vor dem Landesamt für Verfassungsschutz? „Wehret den Anfängen!“ scheint insbesondere in der CDU unbekannt zu sein: Koch hatte seinen Wahlkampf 1998 mit Schwarzgeld bestritten. Im Verfahren der von den Grünen eingereichten Klage gegen die Gültigkeit des Wahlergebnisses hatte der Hessische Staatsgerichtshof die Sittenwidrigkeit durch die Verwendung von Schwarzgeld im Wahlkampf zwar bestätigt, die Klage jedoch abschlägig beschieden. Die Steuerfahnder jedoch, die das Schwarzgeld-Versteck der CDU in Liechtenstein entdeckt hatten, wurden von der hessischen Finanzverwaltung mit Falschgutachten eines willfährigen „Psychiaters“ zwangsweise in den „vorzeitigen Ruhestand“ versetzt. Und die verantwortlichen „christlichen“ Politiker agierten und agieren immer noch ungeniert weiter!

Man kann nur hoffen, dass weitere rechtsextremistisch motivierte Morde nicht die Folge des verantwortungslosen Handelns hessischer Politiker sein werden! Günter Steinke, Wiesbaden

### Was ist das für ein Deutschland?

Solidarität geht anders! Olaf Eulitz drückt in seinem Leserbrief („Sprachliche Entgleisung“, 27.2.) nicht Empathie mit den Opfern der rassistischen Morde aus, sondern drischt auf die Mutter ein, die in ihrem Schmerz äußerte: „Was für ein Deutschland ist das? Deutschland hat mein Kind ermordet.“ Herr Eulitz hält das „gelinde gesagt für eine Unverschämtheit oder zumindest eine sprachliche Entgleisung“.

Für die Tat macht er einen radikalen Extremisten verantwortlich. Der ist aber kein Einzeltäter. Seit 1990 wurden mehr als 200 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet. Daran haben viele mitgewirkt. Alles Einzeltäter? Was ist das für ein Deutschland, in dem wir als Gesellschaft so eine rassistische Atmosphäre bis in die staatlichen Sicherheitsorgane hinein zulassen, aus der heraus massenhaft gemordet werden konnte? Es tut mir leid für die Mutter, die durch solch einen Mangel an Empathie erneut verletzt wurde.  
Eckard Bretzke, Barsinghausen

### Bouffiers schöne Worte sind nichts als Politfolklore

„Sie (die Morde von Hanau) sind nicht nur Ziffern, sondern Mahnung und Motivation, stetig daran zu arbeiten, dass wir eine weltoffene und freiheitsliebende Gesellschaft bleiben.“ So klingen die wohlgesetzten Worte des hessischen Innenministers Beuth in derselben Zeitung, in der zwei Seiten davor zu lesen ist, dass die Behörde desselben Ministers nicht in der Lage oder willens ist, die Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız vor Morddrohungen durch „NSU 2.0“ zu schützen. Doch das reicht noch nicht. Dass die Anwältin die Kosten der ihr empfohlenen und von ihr selbst umgesetzten Schutzmaßnahmen mit einer verwaltungsjuristisch konstruierten Begründung noch nicht einmal ersetzt bekommt, lässt spätestens die schönen Worte des Ministers als Politfolklore erkennen, die er selbst offensichtlich nicht ernst nimmt, wo er sie in die Praxis umsetzen müsste. Das ist ganz konkreter systemischer Behördenrassismus in Hessen, ein Jahr nach Hanau.  
Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

## Linke Theoretiker führen ein komfortables Leben

Zu: „Die Linke ist kein Kanzlerwahlverein“, FR-Politik vom 27. Februar, und: „Wer bestimmt den Kurs, wer rudert?“, FR-Politik vom 1. März

### Ein nicht unerheblicher Reformstau bei den Linken

Die Philosophie von Janine Wissler greift zu kurz. Zum einen haben schon die Balkankriege in den 1990er Jahren gezeigt, deren Konflikte im Übrigen nur ruhen und jederzeit wie etwa bei einem Abzug der Bundeswehr aus dem Kosovo wieder wie ein Vulkan ausbrechen können, dass ein modernes Peacebuilding nicht nur über Diplomatie funktioniert. Zum anderen setzt der Anspruch, die Gesellschaft verändern zu wollen, zunächst eine starke Verankerung innerhalb der Bevölkerung voraus, wobei aber mehr denn je Zweifel bleiben angesichts dessen, dass man gerade immer weniger der kleinen fleißigen Leute erreicht, deren Interessen man ja zumindest nach eigener offizieller Lesart im besonderen Maße vertreten möchte. Deshalb hilft hier nur ein echtes inhaltliches Update aus der Misere, zumal das bisherige Grundsatzzprogramm noch aus dem Jahr

2011 stammt, was ohnehin keinen unerheblichen Reformstau suggeriert, da damals ebenfalls Themen wie die Digitalisierung oder der Klimaschutz kaum auf der Tagesordnung standen!  
Rasmus Ph. Helt, Hamburg

### Stubengelehrte in bequemen Fauteuils

Die Position der Linken zu eventuellen Auslandseinsätzen gehört zum Komplex „Illusionäres PDS-Erbe abgeschotteter FunktionärInnen und Polit-Kader“, DKP mit eingerechnet. Damit wird sie WählerInnen-Stimmen verlieren bzw. abschrecken.

Macht sie sich ihre Realität denn eigenmächtig? Soweit sie humanitär-menschenrechtlich veranlasste, durch die UN mandatierte Einsätze in Konflikten dogmatisch ablehnt, muss sie bedenken, dass sie dann die Gequälten und Gepeinigten im Stich lässt, preisgibt und damit die eigene Art verleugnet, die Menschheit in ihr selbst – nach

Immanuel Kant. Das ist leider sehr menschlich.

Will sie wirklich die afghanischen Frauen und Männer den Taliban ausliefern? Gerade erst haben sich die Frauen dort ein Stück Autonomie erkämpft. Den Taliban muss die Macht komplett genommen werden, sie haben sich selbstständig, bewegen sich auf der untersten Stufe der Bildung (aus Hass auf Bildung), repräsentieren die reine Macho-Lehre des „Ich-will!“ Es gibt groteske Berichte hierzu. Egal, wer sie alle mal mit hervorgebracht hat (Sowjetunion, USA). Die Linke muss zu internationalen Brigaden stehen, wie ehemals gegen Franco und nun auch an der Seite der YPG-Kurden, die erstens den IS und zweitens die Türkei im Containment halten. Auch die Amerikaner unter Biden sollten sich wieder einbringen. Die Kurden sind eine glaubwürdige Linke, keine Stubengelehrten im Herrgottswinkel bequemer Fauteuils, die im Kerzenlicht der Flucht vor der Realität und der reinen Lehre verharren.

Dass die gegenwärtige Linke immer weniger Anklang findet, zeigt sich schon an ihrer un gepflegten Website. Da wird eine Menge ausgeblendet. Glaubt sie, dass die Jugend auf sie anspringt? Die Namen der vorherigen Parteivorsitzenden sind schon fast vergessen, der Beobachter sieht sich genötigt nachzuschlagen, allein der korrekten Namensgebung wegen. Fragwürdig ist auch die Nachsicht und der Langmut der Linken im Verhältnis zu Autokraten und Despoten des Ostens wie des Westens, was u.a. Putin, Xi und Maduro anbelangt. Die Welt ist immer mehr geteilt in Despotie und Nicht-Despotie. Wir leben in einem hochgefährlichen Stadium.

Was gehört noch zum Webfehler der Linken? Der Antiamerikanismus und die Westfeindlichkeit, wobei der Westen immer noch jederzeit Chancen bietet. So lebt es sich komfortabel im Feld der Theorie, unberührt von Bedenken. Heinz Markert, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/wahl21](http://frblog.de/wahl21)